

EINE SONDERVERÖFFENTLICHUNG DER KfW ENTWICKLUNGSBANK ZU SUBSAHARA-AFRIKA

Hürden abbauen

Wer in Burkina Faso ein Gewerbe anmelden möchte, brauchte bis vor kurzem fast drei Wochen dafür, musste sechs verschiedene Verwaltungsakte durchlaufen und am Ende auch noch 350 Dollar bezahlen. Inzwischen können potenzielle Unternehmer schon nach drei Tagen durchstarten, brauchen nur noch vier Formulare auszufüllen und zahlen dafür zwei Drittel weniger an Gebühren. Ein unverkennbarer Vorteil für die Wirtschaft, aber auch ein klares Signal für die Reformbereitschaft des Landes. Mit angeschoben wurde diese Verbesserung von der „Investment Climate Facility for Africa“ (ICF), einer öffentlich-privaten Partnerschaft, die sich das Ziel gesetzt hat, genau solche Hürden für Unternehmen in Afrika abzubauen.

Denn sie behindern Handel und Investitionen und damit das wirtschaftliche Wachstum. Im Jahr 2007 gegründet, ist ICF mittlerweile in 29 Ländern engagiert, und verfolgt dort ähnliche Vorhaben wie in Burkina Faso. Immer geht es darum, Reformen durchzusetzen, von denen die Privatwirtschaft profitiert. Und immer muss sich auch das Land selbst an den Veränderungen beteiligen. Sonst wird ICF gar nicht erst aktiv. Unterstützung erhält dieser zukunftsorientierte Zusammenschluss auch aus Deutschland: Die KfW plant, im Auftrag der Bundesregierung, einen Beitrag von 30 Millionen Euro bereitzustellen.



„Good Governance und Entwicklung sind wie unzertrennliche Zwillinge: Das eine geht nicht ohne das andere, das eine bedingt das andere. Deshalb stehen Demokratie und gute Regierungsführung im Zentrum der deutschen Entwicklungspolitik. Denn trotz aller Erfolge gibt es immer noch zu viele potenziell reiche Länder in Afrika, die schlecht regiert werden. Zusammen mit ihnen versuchen wir bessere Rahmenbedingungen zu schaffen, die eine lebendige Zivilgesellschaft zulassen und Privatinvestitionen anlocken. Nur so selbstständig sich Fortschritt hin zu nachhaltiger Entwicklung.“

Foto: Thomas Ecke

Dirk Niebel, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Der Wille zur Reform zieht

Wie gut ein Gemeinwesen regiert wird, zeigt sich nicht nur an der Zahl friedlicher Machtwechsel, sondern die Qualität der öffentlichen Hand offenbart sich den Bürgern auch bei den Grunddiensten: Gibt es Strom? Sauberes Wasser? Wie oft kommt es zu Engpässen? Mangelhafte Leistungen beeinträchtigen das Leben der Menschen unmittelbar; deshalb ist es so bedeutend, dass auch Versorger professionell geführt und betrieben werden.

Beispiel ONEA in Burkina Faso. Der staatliche Wasserversorger „Office national de l'Eau et de l'Assainissement“ hat sich in den vergangenen zwanzig Jahren durch stetige Reformen zu einem erfolgreichen Anbieter von Wasser- und Abwasserdienstleistungen entwickelt. Er gilt heute als Vorzeigebispiel für die ganze Region: Eine Mischung aus privatwirtschaftlichen Anreizen und strikten Kontrollgremien, aus Investitionen und internationaler Unterstützung brachte den Durchbruch. Inzwischen hat ONEA sein Rohnetz innerhalb von nur fünf Jahren genauso verdoppelt wie die Zahl der Anschlüsse. Er versorgt heute fast drei Millionen Menschen in dem westafrikanischen Land – und jedes Jahr kommen mehr dazu.

Ähnliche Erfolge lassen sich auch aus Uganda vom staatlichen Wasserversorger und aus Kenia vom staatlichen Energieversorger vermeiden. Beide haben sich wirksam modernisiert und dadurch ihren Service verbessert. Die internationale Unterstützung, die solche und andere afrikanische Versorger durch die Bundesregierung beziehungsweise die KfW erhalten haben, leistet einen wichtigen Beitrag zu diesen Fortschritten. „Noch wichtiger aber war der Wille der jeweiligen Regierung zu Reformen und transparenten „Governance-Strukturen“, sagt KfW-Vorstandsmitglied Norbert Kloppenburg.



Die Zukunft selbst bestimmen. Sitzung der Wassernutzer einer Gemeinde in Senegal. | Foto: KfW Bildarchiv / Bernhard Schurian

Der Löwe setzt zum Sprung an

Subsahara-Afrika ist trotz aller Probleme eine dynamische Region mit Zukunftschancen

Von „asiatischen Tigern“ war vor Jahren die Rede, wenn es um eine besonders agile und dynamische Wirtschaftsregion in Asien ging. Die Tiger gibt es immer noch, aber inzwischen haben sich „afrikanische Löwen“ dazu gesellt. Asien ist längst nicht mehr die einzige aufstrebende Weltgegend. Auch Subsahara-Afrika, das viele schon für verloren erklärt hatten, kommt in Bewegung, manche meinen gar, es setze endlich zum großen Sprung an. Der diesjährige Träger des deutschen Afrika-preises, Abdikadir Hussein Mohamed, sieht seinen Heimatkontinent jedenfalls mitten in einem Prozess großer Veränderungen: „Das Afrika von heute ist ein ganz anderes Afrika als das vor 20 Jahren.“

Tatsächlich zeigt manche Kennzahl klar nach oben: Das Wirtschaftswachstum hat nach der Krise durchschnittlich wieder um die fünf Prozent erreicht und soll nach IWF-Prognosen im nächsten Jahr sogar auf knapp sechs Prozent steigen. Subsahara-Afrika ist damit nach Asien die Region mit den höchsten Wachstumsraten – die Löwen sind „on the move“, wie McKinsey vor einigen Monaten eine neue Studie über die Wirtschaftsaussichten Afrikas überschrieb. Und es sind nicht nur die üblich starken Länder wie Südafrika, Namibia oder Ghana, deren Wirtschaft wächst. Auch Gabun, Mali, Mauritius und Burkina Faso zum Beispiel legen zu.

Selbst Niedrig-Einkommensländer holen inzwischen auf. Es sind auch nicht nur Rohstoffe, die die Region nach vorn bringen. Rohstoffarme Län-

der wie Kenia oder Ruanda weisen ebenfalls hohe Wachstumsraten auf, die vom Telekommunikationsbereich, Bankensektor oder dem Einzelhandel getragen werden.

Grund für die erfreuliche Entwicklung ist neben dem allgemeinen Anziehen der Weltwirtschaft auch ein selbst erarbeiteter: Viele afrikanische Staaten haben Reformen eingeleitet, die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft verbessert und ernsthafte Schritte in Richtung Demokratisierung unternommen.

Länder wie Ghana oder Südafrika haben inzwischen eine Reihe von friedlichen Regierungswechseln vollzogen. Staaten wie Sambia haben Wirtschaftsgerichte eingeführt, um die Rechtssicherheit zu erhöhen und das Investitionsklima zu verbessern. Kenia, ein Land, das 2008 von inneren Konflikten erschüttert wurde, hat sich in einer Art demokratischem Selbstheilungsprozess vor kurzem sogar eine der modernsten Verfassungen der Welt gegeben. Die Zahl der bewaffneten Konflikte hat ebenfalls abgenommen, zwischen 2002 und 2007 von 28 auf acht. Auch wenn seither wieder welche dazu gekommen sind, ändert dies den Gesamteindruck nur unwesentlich.

Der positive Trend darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass Subsahara-Afrika immer noch viele Probleme zu bewältigen hat. „Die Chancen sind da, die Richtung stimmt. Aber die Herausforderungen sind weiterhin

enorm“, beschreibt KfW-Vorstandsmitglied Norbert Kloppenburg die Lage. Elend und Armut, wie derzeit am Horn von Afrika, grassieren weiterhin in zahlreichen Gegenden: Etwa 230 Millionen Afrikaner hungern und leben in untragbarer Armut. Es mangelt an Infrastruktur, an Gesundheitsversorgung, sauberem Wasser und Energie. Allein 600 Millionen Menschen in Afrika südlich der Sahara – rund 90 Prozent der Gesamtbevölkerung – haben keinen Zugang zu moderner Energie; sie nutzen Holz oder Dung zum Kochen – mit allen negativen Folgen für ihre Gesundheit und die Umwelt.

Zugleich hat die Region eine der höchsten Raten beim Bevölkerungswachstum überhaupt zu verzeichnen. Der entwicklungsrelevante Aufholbedarf ist im Vergleich zu anderen Weltregionen weiterhin groß. Das zeigt sich auch bei den Millenniums-Entwicklungszielen, bei denen Subsahara-Afrika bei einigen Faktoren zwar deutliche Verbesserungen erreicht hat, die Ziele als Region aber voraussichtlich nicht erreichen wird.

Die Fortschritte sind meist dort am größten, wo Konflikte beendet und demokratische Reformen eingeleitet wurden – auf den Weg gemacht hat, seine Zukunftschancen ergreifen möchte, meint auch die neue Friedensnobelpreisträgerin Ellen Johnson-Sirleaf, wenn sie sagt: „Die Wirtschaft wächst stetig, die Armut geht zurück und eine immer größere Zahl von Ländern wird demokratisch regiert. (...) Die afrikanische Wende ist Wirklichkeit, die Belege lassen sich nicht wegdiskutieren.“

die Staatengemeinschaft – mit Zustimmung der afrikanischen Länder – immer wieder anerkannt und bekräftigt, zuletzt beim Millenniumsgipfel in New York 2010.

Die KfW Entwicklungsbank, die der Region im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) im Jahr 2010 etwa 800 Millionen Euro zugesagt hat, legt deshalb besonderen Wert auf „Good Governance“: In den Programmen selbst, die nur dann nachhaltige Wirkungen erzielen können, wenn sie gut verwaltet und gesteuert sind. Aber auch durch die Unterstützung von Reformen auf allen Ebenen der Partnerländer. Das können Dezentralisierungsprozesse sein wie in Liberia oder Reformen bei Wasser- und Energieversorgern wie in Kenia. „Good

„Die afrikanische Wende ist Wirklichkeit“

Governance“ ist Ziel und Bedingung für wirksame Entwicklungszusammenarbeit gleichermaßen.

Dass sich Afrika – so unterschiedlich die einzelnen Länder auch sein mögen – auf den Weg gemacht hat, seine Zukunftschancen ergreifen möchte, meint auch die neue Friedensnobelpreisträgerin Ellen Johnson-Sirleaf, wenn sie sagt: „Die Wirtschaft wächst stetig, die Armut geht zurück und eine immer größere Zahl von Ländern wird demokratisch regiert. (...) Die afrikanische Wende ist Wirklichkeit, die Belege lassen sich nicht wegdiskutieren.“

Jung und engagiert

Eine neue Generation Afrikaner

Abdikadir Hussein Mohamed kam praktisch aus dem Nichts. Als Politiker war er in Kenia nahezu unbekannt und hatte eigentlich auch nicht vor, seinen Beruf als Anwalt dauerhaft aufzugeben. Aber äußere Ereignisse änderten seinen Lebensweg – später änderte er sein Land: Im Dezember 2007 brachen schwere Unruhen aus in Kenia, die eine schon überwunden geglaubte Spaltung der Bevölkerung offenbarten und viele Einwohner zutiefst schockten. Diese Gewalterfahrung, so bitter sie auch war, bildete den Anfang für eine neue Reformbewegung. An deren

Vorgehensweise tatsächlich das „Wunder von Nairobi“. Mit unermüdlichem Einsatz handelte er, wie Weggefährten sich erinnern, Kompromiss um Kompromiss aus, ohne dabei seine eigenen Prinzipien von Menschenrechten und Gewaltenteilung zu verraten. Als die Kenianer dem neuen Gesetzeskonvolut am 4. August 2010 mit deutlicher Mehrheit zustimmten, hatten sie nicht nur eine neue Verfassung, sondern auch ein neues Vorbild.

Eine der modernsten Verfassungen der Welt

Ende stand einige Jahre später die Verabschiedung einer neuen Verfassung, die heute als eine der modernsten der Welt gilt.

Zentrale Figur in diesem Prozess war der Anwalt und einfache Abgeordnete Abdikadir Hussein Mohamed, der 2008 völlig überraschend zum Vorsitzenden der kenianischen Verfassungskommission gewählt worden war. Diesem relativ jungen Harvard-Juristen kam plötzlich die schwierige Aufgabe zu, eine neue Verfassung zu erarbeiten und dabei gleichzeitig verschiedene Interessen miteinander zu versöhnen. Eine Erfolgsgarantie gab es dafür keineswegs, doch Mohamed gelang durch seine glaubwürdige Art und geschickte

Für seine konstruktive Rolle in diesem Reformprozess hat Abdikadir Hussein Mohamed inzwischen den Deutschen Afrika-Preis 2011 aus der Hand von Bundespräsident Christian Wulff erhalten. Bei der Preisverleihung, die vor kurzem in der Berliner KfW-Niederlassung stattgefunden hat und von der Deutschen Afrika-Stiftung in Kooperation mit der KfW-Tochter DEG realisiert worden ist, würdigte der Bundespräsident den Geehrten als einen Verfassungspatrioten und Hoffnungsträger für ganz Afrika. Der 41-Jährige stellt stellvertretend für eine neue Generation Afrikaner, die sich aktiv für ihren Kontinent und dessen Entwicklung einsetzen. Mittlerweile leitet Abdikadir Hussein Mohamed eine weitere parlamentarische Kommission in Kenia, und zwar jene, die aus der neuen Verfassung gelebte Realität machen soll. Damit hat er schon die nächste herausfordernde Mission und vertrauensvolle Aufgabe zu erfüllen – wieder als Politiker.



Auszeichnung. Abdikadir Hussein Mohamed erhält den Afrika-Preis aus den Händen von Bundespräsident Christian Wulff in Berlin. | Foto: Christian Lietzmann

Beschlüsse fallen vor Ort

Fonds zur Dezentralisierung in Ghana

Ghana gilt als Vorzeigedemokratie auf dem afrikanischen Kontinent. Das Land hat seit 1992 mehrere freie und faire Wahlen abgehalten. Das Teilen von Macht ist auf vielen Ebenen inzwischen politische Routine. So haben zum Beispiel auch die Distrikte mehr Rechte von der nationalen Regierung erhalten: Die Grundlage dafür schaffte der „Local Government Service Act“ aus dem Jahr 2003, mit dem die Regierung in Accra Zuständigkeiten an kommunale Behörden abtrat. Dazu gehörte auch, dass die Kommunen über 7,5 Prozent der nationalen Steuereinnahmen verfügen dürfen. Ergänzend dazu hat die ghanaische Regierung mit Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und anderen internationalen Gebern

den „Distriktentwicklungsfonds“ geschaffen. Daraus können Regionalregierungen Geld erhalten, zum Beispiel um Schulen, Brunnen oder Märkte zu bauen, Straßen instand zu setzen oder Gesundheitsstationen einzurichten. Die KfW fördert das Vorhaben mit Mitteln des BMZ und begleitet den Reformansatz auch fachlich.

Jedes Projekt, das aus dem Fonds finanziert wird, schafft neue Perspektiven für die Menschen, weil sie direkt davon profitieren: Durch neue Märkte zum Beispiel können sie ihre landwirtschaftlichen Produkte leichter absetzen. Kinder erhalten Zugang zu Bildung, die Gesundheitsversorgung und das allgemeine Wohlbefinden verbessern sich. „Dezentralisierung ist ein wichtiger Schritt zur Demokratie“, sagt KfW-Projektmanager Peter Wefers, „die Entscheidungen fallen in unmittelbarer

Nähe der Menschen und sind besser kontrollierbar.“

Durch Bewertung steigt der Druck auf die Behörden

Der Fonds funktioniert nicht nach dem Gießkannenprinzip: Nur die Distrikte bekommen Geld, die bestimmte Mindestanforderungen erfüllen. Die Kommunen müssen ihre Einnahmen und Ausgaben planen und offenlegen. Unabhängige Experten prüfen im Auftrag der Regierung, wie effektiv die Verwaltung arbeitet und ob die Auftragsvergabe ordnungsgemäß erfolgt ist.

„Als diese Bewertung zum ersten Mal 2008 angewandt wurde, erfüllten nur 36 Prozent der Kommunen die Mindestanforderungen, jetzt sind es fast 94 Prozent“, sagt Wefers. Dabei arbeitet der Fonds transparent. Die Bewohner Ghanas können in der Zeitung lesen, wie ihre Gemeinde bei der jährlichen Bewertung abgeschnitten hat. Dadurch steigt der Druck auf die Behörden. Durchschnittlich zwei Euro pro Kopf der Bevölkerung gibt es aus dem Fonds. Das Geld wird in den 170 Distrikten des Landes eingesetzt und trägt dazu bei, die Lebensverhältnisse der fast 24 Millionen Ghanaer zu verbessern.

An den Gesamtkosten des Distriktentwicklungsfonds von rund 210 Millionen Euro ist die Bundesregierung während der fünfjährigen Laufzeit mit bis zu 36 Millionen Euro beteiligt. Die ghanaische Regierung leistet ebenfalls einen beachtlichen Beitrag von 64 Millionen Euro – und stärkt damit die Selbstverwaltung von Städten und Gemeinden in Ghana.



Hand anlegen für schnelle Veränderungen. | Foto: Brit Horschke

Ein Verkaufsstand schafft Hoffnung

In Liberia gestalten die Menschen jetzt ihre eigene Zukunft

Es ist Erntezeit: Debora Johnson steht auf ihrem Feld und pflückt Maniok-Blätter. Später vermischt sie die tropische Pflanzensorte vor ihrer Hütte in dem kleinen Dorf Bannah im Südosten Liberias mit Chili-Schoten, Zwiebeln und Palmöl zu einem Brei. Es ist das Mittagessen für die 34-jährige Mutter und ihre sechs Kinder.

Die kleine Familie ist arm: Noch bis vor kurzem war Debora auf die Hilfe der Dorfgemeinschaft angewiesen und die ganze Region: Eine Mischung aus privatwirtschaftlichen Anreizen und strikten Kontrollgremien, aus Investitionen und internationaler Unterstützung brachte den Durchbruch. Inzwischen hat ONEA sein Rohnetz innerhalb von nur fünf Jahren genauso verdoppelt wie die Zahl der Anschlüsse. Er versorgt heute fast drei Millionen Menschen in dem westafrikanischen Land – und jedes Jahr kommen mehr dazu.

Ähnliche Erfolge lassen sich auch aus Uganda vom staatlichen Wasserversorger und aus Kenia vom staatlichen Energieversorger vermeiden. Beide haben sich wirksam modernisiert und dadurch ihren Service verbessert. Die internationale Unterstützung, die solche und andere afrikanische Versorger durch die Bundesregierung beziehungsweise die KfW erhalten haben, leistet einen wichtigen Beitrag zu diesen Fortschritten. „Noch wichtiger aber war der Wille der jeweiligen Regierung zu Reformen und transparenten „Governance-Strukturen“, sagt KfW-Vorstandsmitglied Norbert Kloppenburg.



Nach den Jahren des Bürgerkriegs lernen vor allem Frauen, wirtschaftlich wieder auf eigenen Beinen zu stehen. | Foto: Beatrice Dück

und entscheidet selbst, was sie dort anpflanzt.

Liberia befindet sich nach den Jahren der Kämpfe mitten in der Phase des Wiederaufbaus, ist aber immer

noch ein „fragiler Staat“: Gerade auf dem Land ist die Bevölkerung nach wie vor sehr arm, es fehlt an Trinkwasser, Schulen, Straßen, Kliniken und Gesundheitsstationen – an fast allen elementaren Dingen des Lebens. Denn noch ist der liberianische Staat nicht in der Lage, diese öffentlichen Dienstleistungen zur Verfügung zu stellen. Deshalb unterstützt die KfW Entwicklungsbank im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) den Wiederaufbau des Landes: Es werden mehr landwirtschaftliche Anbauflächen geschaffen, Straßen repariert, der Zugang zu den Dörfern und den lokalen Märkten wird erleichtert.

Seit dieses Programm läuft, das Liberia hilft, stabiler zu werden, und für

Reis und Gemüse auf dem nächsten Markt verkaufen

das die KfW mehr als 30 Millionen Euro bereit stellt, gibt es für die Menschen neue Hoffnung. Weil Debora jetzt ein eigenes Feld bestellt, erwirtschaftet sie auch Einkommen.

Dieses ist mit 350 Euro im Jahr selbst für Liberia zwar nicht sehr hoch, aber Debora ist stolz darauf: Sie hat einen kleinen Verkaufsstand aufgebaut, an dem sie Gemüse und Reis verkauft. „Durch die Einnahmen kann ich meine Kinder zur Schule schicken“, sagt sie in der Hoffnung, dass die Zeit der Unsicherheit jetzt endgültig der Vergangenheit angehört.

Nachholbedarf in Südsudan

Im Jahr 2011 sind die Vereinten Nationen wieder gewachsen: Als 193. Mitglied trat der Südsudan dem Staatenbund bei, nachdem er sich kurz zuvor im Anschluss an ein Referendum vom nördlichen „Bruder“ losgelöst hatte. Die Staatsgründung wurde weltweit mit großem Wohlwollen begleitet. Bundeskanzlerin Angela Merkel sprach von einem „ganz besonderen Tag für Afrika“. Doch so euphorisch der Südsudan seinen neuen Status auch gefeiert hat – er ist noch alles andere als stabil: Die Infrastruktur ist mangelhaft, Versorgungsmängel prägen den Alltag, die Mehrzahl der Menschen lebt in Armut. Trotz großer Ölfreireichum herrscht immer wieder Treibstoffknappheit. Auch die politische Lage hat sich keineswegs gefestigt, wie die Spannungen mit dem Nord-Sudan und die gewaltsamen Konflikte zwischen verschiedenen Stämmen zeigen. Die Regierung spricht von „großen Herausforderungen“ auf allen Ebenen.

Nicht zuletzt müssen die vielen Kämpfer aus dem langen Bürgerkrieg wieder in den normalen Alltag zurückfinden. Dabei erhält Dschuba auch Hilfe von Deutschland. Die KfW Entwicklungsbank unterstützt das Land im Auftrag des Auswärtigen Amtes bei der Wiedereingliederung früherer Kombattanten: Bis zu 150 000 Soldaten sollen das Reintegrationsprogramm in den nächsten Jahren durchlaufen und so wieder in ein ziviles Leben zurückkehren. Denn der junge Staat muss erst noch wachsen und reifen; neue Konflikte kann er dabei nicht gebrauchen.